

Zeitschrift:	Fachzeitschrift Heim
Herausgeber:	Heimverband Schweiz
Band:	73 (2002)
Heft:	10
Artikel:	INSOS definiert Leistungen und Bedürfnisse neu : Heime im Zwiespalt zwischen Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit
Autor:	Rizzi, Elisabeth
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-813099

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INSOS definiert Leistungen und Bedürfnisse neu

HEIME IM ZWIESPALT

ZWISCHEN MENSCHLICHKEIT UND WIRTSCHAFTLICHKEIT

Von Elisabeth Rizzi

Für Behinderte wird es zunehmend schwieriger, an der Gesellschaft teilzunehmen. INSOS, der Branchenverband von Institutionen für erwachsene Menschen mit Behinderung, definiert deshalb seine Leistungen neu. Im Mittelpunkt der Jahrestagung in Flims stand die Frage: Auf welchen Raum in der Gesellschaft haben Behinderte Anspruch und mit welchen Strategien kann er umgesetzt werden?

«Die Gesellschaft behindert Behinderte bei der Teilnahme an ihr», dies das Fazit, mit der INSOS-Geschäftsführer Simon Bridger die Tagung «Bedürfnisse definieren Leistungen» eröffnete.

Die Gesellschaft behindert die Behinderten. Die Anforderungen an die Arbeitskräfte steigen. In der Folge zählen immer mehr Menschen zu der neuen Gruppe der psychisch Behinderten. Der finanzielle Druck der Politik auf das Sozialwesen wächst. Geld für Förderangebote zugunsten aller Behinderten wird immer knapper. Der medizinische Fortschritt ermöglicht es, behindertes Leben willentlich abzulehnen. Der gesellschaftliche Legitimitätsdruck auf die Behinderten verschärft sich.

Diese veränderten Lebensbedingungen werfen Fragen auf. Wer soll für die immer schwieriger werdende Integration der Behinderten aufkommen – die Behinderten selbst, indem sie auf die Leistungen verschiedener Organisationen verzichten, oder die Gesellschaft als Ganzes, weil sie die Entwicklung auslöst? Und welche Rolle spielen Behinderte in der Gemeinschaft der Menschen?

Behinderte fördern Menschlichkeit

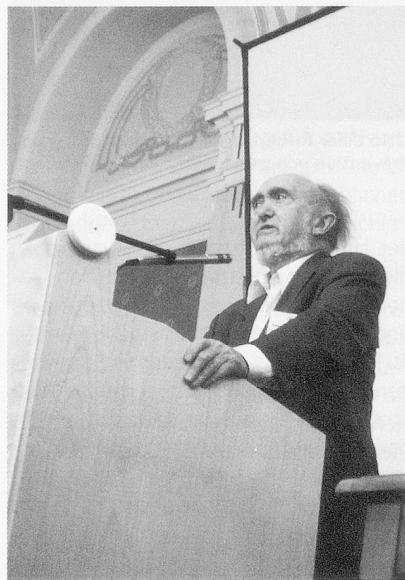
Welchen Stellenwert haben Behinderte in unserer Gesellschaft? Dazu Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik, Geschäftsführer der Diakonie Stetten (DE): «Die westliche Gesellschaft hat sich entwickelt zu einer Ansammlung von Ichwesen. Leistungsorientierung, Individualisierung und Erlebnissteigerung sind die Megatrends der Zukunft. Menschlichkeit fehlt in diesem Gesellschaftskonzept.»

Zwar hat das letzte Jahr laut Kottnik mit dem 11. September 2001 weiteren Katastrophen diesem Fortschrittglauben einen Knick versetzt. Nichtsdestotrotz haben Behinderte weiterhin einen schweren Stand. Insbesondere der medizinische Fortschritt stellt Behinderten in Frage. Pränatale Diagnostik lässt immer mehr willentlichen Verzicht auf behindertes Leben zu.

Angesichts dieser Ausgangslage kontierte Kottnik an der INSOS-Jahrestagung, dass Menschen mit einer Behinderung der Gesellschaft auch einen Nutzen bringen. Die Arbeit mit Behinderten bringe neue Lebensperspektiven. Dies beobachtet er besonders bei den jungen Zivildienstleistenden. Doch auch Angehörige profitieren von ihren behinderten Familienmitgliedern. Sie verfügen über mehr Lebenserfahrungen und Kontakte – sie werden sensibler und achten andere Menschen mehr. Ganz allgemein bringe die Begegnung mit Behinderten mehr Wärme: «Die Behinderten teilen sich in einer anderen Sprache mit als die Menschen der Leistungsgesellschaft. Denn sie bedienen sich der Sprache der Seele», so Kottnik. Letztlich erzeuge erst die Kommunikation von Mensch zu Mensch in dieser Sprache mehr Menschlichkeit. Und deshalb sei die Integration von Behinderten in die Gesellschaft zwingend.

Andersartigkeit treibt Entwicklung voran

Behinderte haben Recht auf einen Platz in der Gesellschaft, und zwar allein aufgrund ihrer Andersartigkeit. Dies sagte Albert Jacquard, Genetiker, Mathematiker und Professor an verschiedenen europäischen Universitäten.



Albert Jacquard: Andersartigkeit ist ein Vorteil für die Evolution.

Warum ist Andersartigkeit ein Vorteil? Jacquard argumentiert mit einer anderen Lesart der Evolutionstheorie. Nicht das stärkste und leistungsfähigste Wesen treibt demnach jeweils die Entwicklung einer Population voran, sondern dasjenige, das nicht der Norm entspricht. Vor anderthalb Millionen Jahren habe beispielsweise, so Jacquard, ein missbildetes, zu grosses Gehirn zur Zwischenstufe der Larvenbildung geführt. Grund dafür sei der zu grosse Kopf gewesen, der nicht mehr durch die normalen Geburtsgänge passte. Auf ähnliche Weise, also durch ursprüngliche Fehlfunktionen, haben sich laut Jacquard alle Lebewesen entwickelt – von den Fischen über die Amphibien und schliesslich zu den Säugern. Andersartigkeit ist demnach eine Quelle fürs Nachdenken und eine Behinderung – zumindest philosophisch betrachtet – kein Unglück.

Behinderung vorbeugen

Dass Behinderte ein Recht auf Leben, ein Recht auf nichtdiskriminiertes Leben, und ein Recht auf vollwertige Teilnahme am Gesellschaftsleben haben, schreibt die Schweizer Verfassung vor. Doch bei



Otto Piller fordert mehr Engagement bei der Prävention von psychischen Behinderungen.

der Umsetzung hapert es. Zwar haben die beiden «Interdepartementalen Arbeitsgruppen Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo I + II) 1996/97 im Auftrag des Bundesrates den künftigen Finanzmehrbedarf der Sozialwerke berechnet. Ein Leistungsabbau wurde dabei nicht erstrebzt. Nichtsdestotrotz sehen sich die Sozialwerke mittlerweile dazu gezwungen, sich den wirtschaftlichen Veränderungen anzupassen. In diesem Sinne hatte Otto Piller, der Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, als Referent keinen leichten Stand.

Einen Lösungsansatz der Kostenexplosion im Sozialbereich sieht er vor allem in dem stark vernachlässigten Bereich der Prävention. Eingriffe des Staates sind demnach nicht erst dann gefordert, wenn die Behinderung bereits besteht, sondern schon vorher, um sie zu verhindern. Im Besonderen hat Piller dabei die wachsende Gruppe der psychisch Behinderten im Visier. Analog zur Unfallversicherung und Unfallverhütung, so sagte Piller an der INSOS-Tagung, sollte ein Organ geschaffen werden, das psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz vorbeugt. Es seien Instrumente gegen den steigenden Leistungsdruck gefordert.

Bei bestehender Behinderung jedoch ist gemäss Piller künftig eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und den Arbeitsvermittlungen nötig. Die Zahl der Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung habe in den letzten Jahrzehnten abgenommen. Dies sei kritisch, zum einen, weil die Kosten der Invalidenversicherung dadurch massiv angestiegen sind und zum anderen, weil Behinderte im Allgemeinen arbeiten möchten. Nur wenn wieder mehr

Arbeitsplätze vorhanden seien, gelinge eine Integration nach der Philosophie des Normalitätsprinzips.

Obwohl in den nächsten Jahren für das Sozialwesen verschiedene harte Brocken wie beispielsweise die 4. IV-Revision oder der Neue Finanzausgleich anstehen, manifestierte Piller an der Tagung seinen Glauben an eine positive Zukunft. Der verschärzte Wirtschaftsdruck sei kein Grund für einen Leistungsabbau. Denn nicht zuletzt sei die Schweiz bei der Einführung der AHV vor einem halben Jahrhundert ärmer gewesen als heute. Trotzdem sei die erste Säule erfolgreich verankert worden. Das derzeitige Problem hat seine Hauptursache, laut Piller, darin, dass die Schweiz zwar im zwanzigsten Jahrhundert einen gewaltigen materiellen Fortschritt erlebt hat, aber Unklarheiten darüber bestehen, welche Gesellschaft die Schweiz heute will.

Kantone im Clinch

Was die Gesellschaft heute will, ist in der Schweiz – einem föderalistisch regierten Land mit 26 Kantonen – meist mit langwierigen Willensbildungsprozessen verbunden. Alle können mitreden. Am Schluss steht meist ein Kompromiss, in dem alle Betroffene den grösstmöglichen Freiraum anstreben.

Beim Sozialwesen ist es nicht anders als in den übrigen Politikfeldern. Die Kantone dienen als Puffer zwischen den Vorgaben des Bundes und den Wünschen der Institutionen. Die Aufgaben der Kantone seien zu wenig klar definiert, warnte denn auch Andreas Leisinger vom Churer Sozialamt. Sie würden bei der Bedarfsplanung, der Aufsicht und der Konzeption von ambulanten Massnahmen zu wenig beachtet. Umgekehrt kommunizieren die Branchenverbänder laut Leisinger ihre Wünsche nicht genug klar an Bund und Kantone.

Klar ist für Leisinger allerdings auch, dass die Bedürfnisse und Leistungen der Institutionen nicht ins Unermessliche wachsen dürfen. Leistungen sollen sich an Zielen messen lassen und ständig darauf überprüft werden, ob sie tatsächlich bestehenden Bedürfnissen entsprechen. Konkret: «Eine Orientierung am Normalitätsprinzip bedeutet letztendlich: Keine Privilegien für Behinderete.»

Keine Privilegien, die Nichtbehinderte nicht erhalten ist Leisingers Grundsatz, womit allerdings keine Sharholder-Value-Strategie gemeint ist. Heime sind laut Leisinger Klein- und Mittelunternehmen. Von anderen Branchen unterscheiden sie sich einzig durch ihre besondere Betreuungsaufgabe. Daher gäbe es keinen Grund, beispielsweise auf das Über-

prüfen der Wirtschaftlichkeit oder die Kontrolle der Kostenstelle zu verzichten. Im Gegenzug bedeutet Orientierung am Normalitätsprinzip aber auch, Benachteiligungen wegzuräumen.

Für Leisinger heisst dies vor allem ein Aufstocken der ambulanten Massnahmen. Zentral für die gelungene Integration behinderter Menschen ist dabei die Arbeit. Hier sieht Leisinger auch Handlungspotenzial für die Kantone. Da der Bund beim Behindertengesetz darauf verzichtet, Fördermassnahmen für Unternehmen zugunsten behinderter Arbeitskräfte zu schaffen, sei dies Aufgabe der Stände. Ebenso sieht er starkes Verbesserungspotenzial beim öffentlichen Verkehr, beispielsweise über Fahrdienste. Und nicht zuletzt soll seines Erachtens das selbständige Wohnen gefördert werden. Mut forderte er im Hinblick auf die hierbei auch von den Branchenverbänden der Institutionen – obwohl bei einer ausreichenden Assistenzentschädigung das Risiko steige, dass nur noch schwierigste Fälle in den Heimen zurückbleiben.

Mehr Heime in Städten

Für Philippe Rochat, den Vizepräsidenten der INSOS, haben die veränderten Rahmenbedingungen im Sozialwesen strukturelle Konsequenzen auf die Branche der Institutionen. An der Jahrestagung der Institutionen für erwachsene Menschen mit Behinderung forderte er die Heimleitungen dazu auf, zuerst die notwendigen Leistungen zu bestimmen und erst danach die Mittel zu fordern, um diese zu erbringen.

Leistungen für Behinderte sollen, so Rochat, «den Unterschied ausradieren, der zwischen Nichtbehinderten und Menschen mit einer Behinderung besteht», aber nicht: «Das Geld der Kollektivität verschleudern und Leistungen erbringen, die Nichtbehinderte sich selber nicht leisten könnten.» Ebenso forderte ein Überdenken der Heimsituatiosn. Integration sei besser möglich, wenn mehr Heime in den Städten errichtet würden statt wie bisher auf dem Land.

Mit ihrem neuen Branchenkonzept fordert die INSOS daneben flexible Finanzierungsmodelle für den Bereich Wohnen, eine Flexibilisierung zwischen Werkstatt und Wirtschaft und alternative Beschäftigungsmodelle für Behinderte, die Möglichkeit von IV-Anleihen, ein Konzept für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden, eine Professionalisierung der Unternehmensleitungen sowie eine stärkere Vernetzung mit Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Das Konzept befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. ■